



A 22127 C

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1987

Die Lage der Weltwirtschaft	215
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	221

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16 / 87

Berlin

16. April 1987

54. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1987

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 10. April 1987

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltkonjunktur ist weiterhin aufwärtsgerichtet; allerdings hat sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion seit dem Herbst leicht verlangsamt. Die anhaltende Dollarschwäche belastete das Konjunkturklima in Japan und den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften; die Dämpfung der Exporte und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Wechselkurse schlugen rasch auf die Investitionsneigung durch. Andererseits hat sich in den USA die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition erst wenig ausgewirkt. Irritiert durch den unerwartet schleppenden Gang der Konjunktur waren die Unternehmen in einer Reihe von Ländern zurückhaltend

in ihren Lagerdispositionen. In Westeuropa drückte zudem der strenge Winter die Produktion. Die Beschäftigung nahm in den meisten Volkswirtschaften nur schwach zu, und die Arbeitslosigkeit verharrte auf hohem Niveau. Der Preisanstieg hat sich, nachdem die dämpfenden Wirkungen der Energieverbilligung fortgefallen waren, wieder leicht verstärkt.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dürften sich im Laufe dieses Jahres nicht grundlegend ändern. In den USA wird die Geldpolitik angesichts der noch nicht gefestigten Auftriebskräfte weiterhin expansiv bleiben. Da allerdings die Preise, nicht zuletzt wegen der abwertungsbedingten Verteuerung der Einfuhr, deutlich steigen werden, dürfte die Zentralbank bestrebt sein, das

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	Gewicht in vH	Brutto- sozialprodukt		Verbraucher- preise	
		1986	1987	1986	1987
Bundesrepublik Deutschland	7,5	2,4	2*	-0,2	0,5
Frankreich	6,1	2,0	2	2,7	3,5
Großbritannien	5,4	2,6	3	3,4	4,5
Italien	4,3	2,7	2,5	6,1	5
Spanien	2,0	3,0	2,5	8,8	6,5
Niederlande	1,5	1,5	1,5	0,2	0
Schweden	1,2	1,3	2	4,2	4,5
Schweiz	1,1	2,5	2	0,7	1,5
Belgien	1,0	2,0	1,5	1,3	1,5
Österreich	0,8	1,8	1,5	1,7	2
Norwegen	0,7	3,8	2	7,2	8,5
Dänemark	0,7	3,3	1	3,6	4
Westeuropa ²⁾	32,3	2,4	2,2	2,9	3,2
USA	47,5	2,5	3	1,9	3,5
Japan	16,0	2,5	2,5	0,6	0
Kanada	4,2	3,1	2,5	4,2	4,5
Insgesamt ²⁾	100,0	2,5	2,6*	2,1	2,9
Nachrichtlich: Insgesamt ³⁾		2,3	2,2*	2,7	3,1

1) Veränderungen für 1987 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1985. — 3) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1985.

*) Abweichend von der Mehrheit der Institute erwarten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, für die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1987 ein Wachstum des realen Sozialprodukts von nur 1 vH. Auch für die meisten anderen Industrieländer wird der Anstieg des Sozialprodukts von beiden Instituten schwächer eingeschätzt, insgesamt um einen halben Prozentpunkt.

bisher allzu rasche Wachstum der Geldmenge allmählich zu verlangsamen. Auch andere Industrieländer werden dann — nachdem sie bisher tendenziell dem Kurs der USA folgten, um die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar nicht noch größer werden zu lassen — mehr um eine stabilitäts- und potentialgerechte Geldpolitik bemüht sein.

Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr insgesamt keine nennenswerten Anstöße aus. In Westeuropa überwiegen nach wie vor Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung; in den USA wird das Budgetdefizit voraussichtlich etwas verringert. Demgegenüber dürften in Japan staatliche Investitionen und Finanzzuschüsse merklich erhöht werden, um die Konjunktur anzuregen. Einige Länder haben — zumeist allerdings erst für 1988 und die folgenden Jahre — Steuersenkungen angekündigt, die die Angebotsbedingungen verbessern sollen.

Der Dollar ist im Verhältnis zu den Währungen der anderen Industrieländer innerhalb von zwei Jahren wieder fast auf das Niveau gefallen, von dem aus zu Beginn der achtziger Jahre der Höhenflug begann. Die zu erwartenden Korrekturen in der amerikanischen Wirtschaftspolitik werden den Dollar auf dem derzeitigen Niveau tendenziell stützen, wie es offenbar auch Ziel der Teilnehmer des „Louvre-Treffens“ ist. Gleichwohl wird bei der nur langsamen Anpassung der weltwirtschaftlichen Produktions- und Außenhandelsstrukturen an die großen Veränderungen der Wechselkursrelationen die Situation auf den Devisenmärkten labil bleiben.

Für die Prognose wird darüber hinaus angenommen, daß sich der Ölpreis, nach dem Wiederanstieg seit dem Herbst, im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht mehr erhöht, zumal Saudi-Arabien vermutlich nicht bereit ist, seine Förderung noch weiter einzuschränken. Die Erdöl-exportländer werden ihre Einfuhr wohl noch eine Zeitlang wegen der gesunkenen Ausfuhrerlöse verringern, doch wird sich dieser Prozeß voraussichtlich merklich verlangsamen. Die Importe der übrigen Entwicklungsländer dürften — bei sehr differenzierter Entwicklung im einzelnen — wieder etwas zunehmen, wengleich der außenwirtschaftliche Spielraum wegen der weiterschwellenden Verschuldungskrise eng bleibt.

Die Anpassung an die starke Änderung von Preis- und Wechselkursrelationen wird im Verlauf des Jahres anhalten, doch dürften die retardierenden Wirkungen allmählich schwächer werden. So wird in Westeuropa und in Japan mit dem Ende der Talfahrt des Dollars und einem allmählichen Wiederanstieg der Ausfuhr die ausgeprägte Verunsicherung der Investoren abklingen. Andererseits werden die ölpreisbedingten Impulse für den privaten Konsum auslaufen. In diesen Ländern wird daher die Expansion der Inlandsnachfrage geringer sein als 1986, aber stärker als die Zunahme der Produktion. Demgegenüber wird sich in den USA aufgrund der wechselkursbedingten Dämpfung der Einfuhr und Belebung der Ausfuhr die gesamtwirtschaftliche Produktion mehr erhöhen als die Inlandsnachfrage. Nicht zuletzt wegen der außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesse nimmt das reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa 1987 schwächer zu als in den USA, in Japan trotz der beabsichtigten stimulierenden Maßnahmen nicht stärker. Insgesamt wird die Wachstumsrate in den Industrieländern in diesem Jahr — und wohl auch im nächsten — mit 2½ vH wieder so groß sein wie 1986. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im Durchschnitt des Jahres mit voraussichtlich 3 vH um einen Prozentpunkt höher sein als 1986, und die Rate dürfte sich im kommenden Jahr weiter erhöhen.

Das Leistungsbilanzdefizit der USA und die Überschüsse Japans und Westeuropas werden sich real deutlich vermindern. Weil sich aber in nominaler Rechnung vorerst nur wenig ändert, bleibt die Gefahr groß, daß es — namentlich in den USA — zu wirtschaftspolitischen Fehlreaktionen kommt. Insbesondere droht ein verstärkter

Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen. Die wirtschaftspolitische Kooperation der Industrieländer muß vorrangig auf die Verminderung derartiger Risiken gerichtet sein.

Eine weitere Zunahme des Protektionismus würde auch die noch immer virulenten Zahlungsschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer verschärfen. Zwar hat sich in den letzten Jahren das Leistungsbilanzdefizit dieser Ländergruppe — teilweise durch eine drastische Beschränkung der Importe — erheblich verringert und der Anstieg der Gesamtverschuldung beträchtlich verlangsamt, so daß insoweit eine krisenhafte Zuspitzung der Verschuldungsprobleme weniger wahrscheinlich geworden ist. Die härteren Auseinandersetzungen zwischen Schuldnern und Gläubigern sind aber ein deutliches Indiz für die Dringlichkeit abgestimmter längerfristiger Konsolidierungsstrategien. Dazu gehören neben eigenen Anstrengungen der Schuldnerländer zur Verbesserung der internen Wachstumsbedingungen auch Beiträge der Industrieländer. Insbesondere kommt es darauf an, daß durch eine wachstumsorientierte Politik und den Abbau von Handelshemmnissen die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer ausgeweitet werden. Dies liegt letztlich auch im Interesse der Industrieländer.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, vertreten die Auffassung, daß die retardierenden Wirkungen, die in Westeuropa und Japan von der Wechselkursbedingten Verschlechterung der Wettbewerbsposition ausgehen, nicht so schnell abklingen, wie die Mehrheit der Institute annimmt. Die allgemeine Verunsicherung durch die außenwirtschaftliche Entwicklung wird daher noch länger andauern, zumal sie durch die anhaltende Labilität an den Devisenmärkten verstärkt wird. Die Investitionsneigung wird vorerst in Westeuropa und Japan gedämpft bleiben. Dies hat auch Rückwirkungen auf die Beschäftigung und den privaten Verbrauch. Die Inlandsnachfrage dürfte somit in Westeuropa und Japan verhaltener zunehmen, als von der Mehrheit der Institute prognostiziert wird. In den USA wird die gesamtwirtschaftliche Expansion vor allem deshalb schwächer sein, weil die von der Geldpolitik ausgehenden Impulse geringer eingeschätzt werden. Auch die Zunahme des Welthandelsvolumens dürfte sich verlangsamen.

Wieder stärkerer Produktionsanstieg in den USA

In den USA blieb die konjunkturelle Expansion im Winterhalbjahr mäßig. Das reale Bruttosozialprodukt stieg der Grundtendenz nach mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2 vH. Dabei nahm die Inlandsnachfrage erstmals seit Beginn des Aufschwungs vor vier Jahren schwächer

zu als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich recht kräftig; die Arbeitslosenquote, die rd. zwei Jahre bei 7 vH gelegen hatte, ging leicht zurück. Nachdem die Preise auf der Verbraucherstufe schon seit dem Frühsommer 1986 mit einer Jahresrate von knapp 3 vH gestiegen waren, verstärkte sich die Teuerung in den letzten Monaten; hierzu trugen höhere Importpreise infolge der Dollarabwertung, aber auch die neuerliche Verteuerung von Erdöl bei.

Die Inlandsnachfrage expandierte langsamer als zuvor. Vor allem flachte sich die Zunahme des privaten Konsums, die lange Zeit überaus kräftig war, im Herbst deutlich ab. Die Unternehmensinvestitionen veränderten sich insgesamt kaum. Während die Ausrüstungsinvestitionen nach dem scharfen Rückgang vor einem Jahr wieder etwas erhöht wurden, setzte sich die Abnahme der gewerblichen Bauinvestitionen fort; hierin schlug sich insbesondere der Einbruch im Ölsektor nieder. Erhebliche kontraktive Effekte gingen ferner von der Verringerung der Lagerbestände aus.

Mit der kräftigen Abwertung des Dollars gegenüber den Währungen der anderen Industrieländer verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen beträchtlich. Im späteren Verlauf des vergangenen Jahres beschleunigte sich der Anstieg der Ausfuhr, und die Zunahme der Einfuhr schwächte sich deutlich ab. Infolge der starken Verbilligung der Ölimporte hatten sich die Terms of Trade noch bis zum Spätsommer verbessert. Hinzu kam, daß wichtige Anbieter aus Japan und Westeuropa die Preise nicht so kräftig anhoben, wie es dem Rückgang des Dollarkurses entsprochen hätte. Seither haben sich die Terms of Trade jedoch verschlechtert. Das Leistungsbilanzdefizit ist im Verlauf des Jahres 1986 nur noch wenig gestiegen, insgesamt war es indes mit 141 Mrd. \$ um reichlich 20 Mrd. \$ höher als im Vorjahr.

Die Geldpolitik blieb auf expansivem Kurs. Nach der Jahreswende hat allerdings die Geldmenge M1 nicht mehr so rasch zugenommen wie zuvor. Ob dies den Beginn einer etwas strafferen Geldpolitik kennzeichnet, ist jedoch unsicher. Da die Notenbank aber die Inflationsgefahren nunmehr höher einzuschätzen scheint, ist für den weiteren Verlauf des Jahres eine weniger expansive Geldpolitik als im Vorjahr zu erwarten. Dafür spricht auch, daß voraussichtlich die Konjunktur wieder an Schwung gewinnt, die Exporte deutlich zunehmen und das Leistungsbilanzdefizit zumindest nicht weiter ansteigt.

Nach der Verabschiedung der Steuerreform ist das Ziel, das Budgetdefizit abzubauen, in der Finanzpolitik wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Gemäß dem Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz sollte der Ausgabenüberschuß im Fiskaljahr 1987 auf 144 Mrd. \$ begrenzt werden, nach dem Höchststand von 220,7 Mrd. \$ im Vorjahr. Es zeichnet sich aber ab, daß die gesetzliche Vorgabe weit überschritten wird; das Defizit dürfte annähernd 200 Mrd. \$ erreichen. Damit ist auch für die Folgejahre ein Abbau der Defizite auf das angestrebte Niveau unwahrscheinlich. Zu

den „automatischen“ Ausgabenkürzungen, wie sie im Falle von solchen Zielüberschreitungen vorgesehen sind, wird es aller Voraussicht nach nicht kommen. Immerhin scheint sich eine gewisse Zurückhaltung im Ausgabeverhalten durchgesetzt zu haben. Betrug der Anstieg der Staatsausgaben im Zeitraum 1981 bis 1986 real mehr als 4 vH pro Jahr, so wird er 1987 deutlich niedriger sein.

Da die expansiven Impulse der Geldpolitik fortwirken und von der Finanzpolitik allenfalls geringe dämpfende Effekte ausgehen, wird die Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres wahrscheinlich wieder etwas rascher steigen. Der private Verbrauch wird sich, nach der Schwächephase im Winterhalbjahr, beleben. Die Unternehmen werden ihre Investitionen wieder — in moderatem Tempo — ausweiten; dämpfend wirkt dabei im Bereich des Wirtschaftsbaus weiterhin das in den Vorjahren entstandene Überangebot, aber auch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Rahmen der Steuerreform. Hingegen dürften die Anpassungen im Ölsektor abgeschlossen sein. Gestützt wird die Investitionsneigung durch die günstige Gewinnentwicklung und die Erholung des Exports. Gleichzeitig dürfte die Einfuhr kaum noch zunehmen. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1987 um 3 vH steigen.

Durch die expansive Geldpolitik wurden Spielräume geschaffen, die bei dem jetzt schwächeren Wettbewerbsdruck zunehmend auch zu Preiserhöhungen genutzt werden dürften. Zudem werden die ausländischen Anbieter die Preise nunmehr stärker anheben. Die Verbraucherpreise werden daher wohl erheblich rascher steigen als im Vorjahr; infolge des geringen Überhangs Ende 1986 wird ihr Anstieg im Jahresdurchschnitt 1987 indes nur etwa 3,5 vH betragen. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte sich im Verlauf des Jahres 1987 leicht zurückbilden.

Langsame Expansion in Japan

Die starke Dollarabwertung war für Japan besonders gravierend, da diese Volkswirtschaft eng mit den USA und anderen Dollarmärkten verflochten ist. Die Ausfuhr ging zurück, und die Einfuhr stieg deutlich. Es kam zu einer ausgeprägten Abflachung von Nachfrage und Produktion, obgleich die Verbilligung des Erdöls die Inlandsnachfrage stützte. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im Jahresdurchschnitt 1986 mit 2,5 vH nur noch etwa halb so stark zu wie im vorangegangenen Jahr; die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich. Wegen der retardierenden Wirkungen der Aufwertung auf die Exportindustrie verlangsamte sich der Anstieg der gewerblichen Investitionen merklich. Der private Konsum expandierte weiterhin nur mäßig. Demgegenüber stieg der private Wohnungsbau infolge sinkender Zinsen und verstärkter staatlicher Finanzierungshilfen beschleunigt, und die öffentlichen Investitionen wurden im Zuge staatlicher Konjunkturprogramme deutlich erhöht.

Da sich die Inlandsnachfrage nicht belebte und der Überschuß im Außenhandel in nominaler Rechnung weiter stieg, verstärkte sich der Druck auf die japanische Regierung, einen expansiveren Kurs einzuschlagen. Nach dem Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1987/88 sollen zwar die allgemeinen Ausgaben kaum über die des Vorjahres hinausgehen, aber die gesonderten Vorschläge für Investitionen und Finanzausschüsse wurden beträchtlich ausgeweitet. Zudem soll in Kürze ein weiteres Konjunkturprogramm vorgelegt werden. Demgegenüber ist die Durchsetzung der Steuerreform wegen starken Widerstandes gegen die Einführung einer Mehrwertsteuer zunächst fraglich geworden. Die Geldpolitik dürfte ihre expansive Ausrichtung beibehalten.

Die Anpassung an die drastisch veränderten Preis- und Wechselkursrelationen wird die Konjunkturentwicklung auch im weiteren Verlauf dieses Jahres beeinträchtigen. Die Ausfuhr wird wegen der merklich geschwächten Konkurrenzposition zunächst noch zurückgehen. Die Inlandsnachfrage dürfte zwar Impulse von einer deutlichen Erhöhung der Staatsnachfrage und der — auch wegen der niedrigen Zinsen — kräftigen Zunahme des privaten Wohnungsbaus erhalten. Die Investitionen in den Exportindustrien werden aber voraussichtlich deutlich eingeschränkt, und dies wird die Ausweitung in den binnenmarktorientierten Branchen weitgehend kompensieren. Die Expansion des privaten Verbrauchs wird sich wohl in verhaltenem Tempo fortsetzen. Zwar dürfte das verfügbare Einkommen, bei sich eher weiter abschwächendem Lohnanstieg, langsamer zunehmen. Doch werden die Verbraucherpreise stabil bleiben, auch weil ein Teil der Einfuhrverbilligung erst jetzt die Einzelhandelsstufe erreicht. Nachfrage und Produktion werden unter diesen Umständen weiterhin nur langsam steigen; der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts dürfte in diesem Jahr wiederum etwa 2½ vH betragen. Der Leistungsbilanzüberschuß wird im Jahresergebnis erst wenig unter dem Vorjahresstand von 86 Mrd. \$ liegen.

Mäßiges Wachstum in Westeuropa

In Westeuropa hat sich der Anstieg der Produktion im Winterhalbjahr verlangsamt — bei allerdings großen Unterschieden von Land zu Land. Ausschlaggebend war eine ausgeprägte Abflachung des Exportanstiegs in den meisten Ländern. Neben der Verringerung der Nachfrage insbesondere seitens der Ölexportländer trug dazu die Verschlechterung der Wettbewerbsposition infolge der starken Aufwertung fast aller europäischen Währungen gegenüber dem Dollar bei. Außerdem wurde die Produktion durch Sonderfaktoren wie Witterung und Streiks beeinträchtigt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht weiter verbessert. Die Preise stiegen wieder etwas rascher, weil die vom Rückgang des Ölpreises ausgehenden stabilisierenden Einflüsse schwächer wurden.

Der private Verbrauch expandierte nicht mehr so lebhaft wie im Sommerhalbjahr. Er blieb jedoch die wichtigste Stütze der Konjunktur. Dabei spielten die Realeinkommenseffekte der vorangegangenen Einfuhrverbilligung eine wichtige Rolle. Von Land zu Land verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. So erhöhten die Konsumenten vor allem in Großbritannien und Italien ihre Nachfrage weiterhin zügig. Demgegenüber stieg der Verbrauch in Frankreich, Österreich und — bedingt auch durch konsumdämpfende Maßnahmen — in Dänemark und Norwegen nur sehr verhalten.

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten zumeist merklich, doch verlangsamte sich das Tempo des Anstiegs. Die Erträge der Unternehmen waren überwiegend noch gut. Aber vor allem im Export haben sich die Absatz- und Ertrags Erwartungen aufgrund der Dollarabwertung und der damit verbundenen Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit deutlich verschlechtert. Die Modernisierung und Rationalisierung der Produktionsanlagen blieben die wichtigsten Investitionsmotive. Der Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen setzte sich in verhaltenem Tempo fort. Die Nachfrage nach Wohnbauten hat infolge günstigerer Finanzierungsbedingungen und steigender Realeinkommen leicht zugenommen.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder hat seit dem vergangenen Herbst annähernd stagniert. Der Anstieg des innereuropäischen Handels verlangsamte sich mit der Verringerung der Nachfrageexpansion. Die Exporte in die übrige Welt wurden erheblich durch die starke Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar erschwert. Die Lieferungen nach Nordamerika und in die ölimportierenden Entwicklungsländer haben allenfalls stagniert. Der Export in die OPEC-Länder und auch in die Staatshandelsländer ging noch merklich zurück. Gleichzeitig erhöhte sich die Einfuhr Westeuropas aus Drittländern weiterhin rasch. Der reale Außenbeitrag verminderte sich erneut, und da die Terms of Trade kaum mehr günstiger wurden, nahm auch der Leistungsbilanzüberschuß Westeuropas ab. In den europäischen Ölexportländern Großbritannien und Norwegen wiesen die Leistungsbilanzen Defizite auf.

Die Preise, die im vergangenen Jahr nur noch sehr langsam gestiegen, in einigen Ländern sogar zeitweilig gesunken waren, erhöhten sich zuletzt wieder etwas rascher. Ausschlaggebend hierfür war das Nachlassen der außenwirtschaftlichen Stabilisierungsimpulse. Die Preistendenz entspricht nunmehr etwa der Entwicklung der heimischen Produktionskosten. In Frankreich ist der Preisanstieg allerdings infolge des Abbaus von Preiskontrollen überzeichnet und in Schweden infolge der Einführung eines Preisstopps unterzeichnet. Der Anstieg der Lohnstückkosten blieb verhalten. Bei mäßiger Produktivitätszunahme hat sich der Lohnauftrieb in fast allen Ländern nur wenig verändert. Überdurchschnittlich stark erhöhten sich die Löhne vor allem in Großbritannien und Italien.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht mehr verbessert. Die Beschäftigung erhöhte sich bei der schleppenden Produktionsentwicklung im Winterhalbjahr nur wenig, und die Arbeitslosigkeit nahm etwas zu. Lediglich in Großbritannien ging sie deutlich zurück; dazu trugen auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei.

Die Geldpolitik behielt in den meisten Ländern einen expansiven Kurs bei, vor allem weil sie die Aufwertung gegenüber dem Dollar in Grenzen halten wollte. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die monetäre Expansion wieder gedämpft werden, um die Preiserhöhungsspielräume einzuengen.

Die Finanzpolitik ist in den meisten Ländern weiterhin auf die Konsolidierung der Staatshaushalte bedacht. Die Budgetdefizite sollen überwiegend durch eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben und nicht über eine Erhöhung von Steuern und Abgaben vermindert werden. Nur in wenigen Ländern werden 1987 die Steuern gesenkt. Konjunkturell bedingte Einnahmeausfälle werden wohl weder zu Ausgabenkürzungen noch zu Steuererhöhungen führen.

Die hemmenden Wirkungen, die bisher von der Außenwirtschaft ausgingen, werden im Laufe des Jahres allmählich nachlassen, doch wird die Inlandsnachfrage auch 1987 die Stütze der Konjunktur bleiben. Angeregt durch den weiteren, wenngleich etwas verlangsamten Anstieg des realen verfügbaren Einkommens und durch die niedrigeren Zinsen dürfte der private Verbrauch recht zügig expandieren. Die Ausrüstungsinvestitionen werden weiter steigen, wenn auch nur verhalten. Die Bauinvestitionen nehmen nach wie vor mäßig zu.

Insgesamt dürfte sich das reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa 1987 um reichlich 2 vH erhöhen. Mit einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht zu rechnen. Der Preisauftrieb verstärkt sich wieder; im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der Verbraucherpreise aufgrund des niedrigeren Überhangs aus dem vergangenen Jahr mit reichlich 3 vH aber nur geringfügig höher sein als 1986.

Rohstoffpreise bleiben niedrig

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe blieb die Nachfrage im Winterhalbjahr im allgemeinen verhalten. Der Rohstoffverbrauch stieg konjunkturell nur wenig, und die Verarbeiter hielten ihre Vorräte niedrig, weil sie mit einem auch künftig reichlichen Angebot rechneten. Vor allem wegen der Schwäche des Dollars erhöhte sich allerdings das in dieser Währung gemessene Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe im Laufe des Winterhalbjahres spürbar. Für Käufer außerhalb des Dollarraumes, namentlich in Westeuropa und in Japan, stiegen demgegenüber die Preise für Industrierohstoffe kaum.

Bei dem mäßigen Anstieg der Industrieproduktion in der westlichen Welt wird der Verbrauch von Rohstoffen

auch im weiteren Verlauf dieses Jahres wenig zunehmen. Überdies werden die Verarbeiter ihre zurückhaltende Vorratspolitik beibehalten. Das Angebot an Rohstoffen wird reichlich bleiben. Die Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer prekären Verschuldungssituation bestrebt, die Produktion und den Export von Rohstoffen auszuweiten. Bei den Produzenten in den Industrieländern besteht — trotz entgegengesetzter Ankündigungen — die Neigung, Kapazitätsstilllegungen möglichst zu vermeiden. Unter diesen Bedingungen dürften die Preise für Industrierohstoffe auf dem gegenwärtigen gedrückten Niveau verharren oder sogar sinken.

Die Förderbeschränkungen der OPEC-Länder führten um die Jahreswende zu einem Anstieg des Erdölpreises auf rd. 18 \$ je Barrel. Allerdings blieb der Preis danach wohl nur deshalb auf diesem Niveau, weil Saudi-Arabien seine Produktion weit unter die ihm zustehende Quote zurücknahm. Es ist zweifelhaft, daß das Land bereit ist, diese Strategie längere Zeit durchzuhalten. Der Verbrauch wird sich weiterhin nur wenig erhöhen. Auch wenn mit einer gewissen Auffüllung von Vorräten zu rechnen ist, wird die Nachfrage in diesem Jahr voraussichtlich nicht so kräftig steigen, daß Spielraum für eine nennenswerte Erhöhung des Erdölpreises entsteht.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel sind die Preise im Winterhalbjahr infolge des zunehmenden Angebotsdrucks weiter gesunken. Dies gilt für Kaffee, Kakao und Futtergetreide, während Zucker und — teilweise — pflanzliche Öle teurer wurden. Für die Saison 1987/88 zeichnet sich in den USA aufgrund der neuen Agrarpolitik eine wesentliche Einschränkung des Anbaus von Getreide ab, so daß die Preise wohl etwas steigen werden. Bei Zucker und Ölsaaten wird die Produktion 1987/88 hinter dem Verbrauch zurückbleiben, so daß eine Verringerung der hohen Vorräte möglich wird. Die Entwicklung auf den Genußmittelmärkten ist nicht zuletzt

deshalb unsicher, weil sich noch nicht absehen läßt, ob es im Rahmen der internationalen Stabilisierungsabkommen wieder zu Exportbeschränkungen für Kaffee bzw. zusätzlichen Stützungskäufen bei Kakao kommt. Insgesamt dürfte sich das Preisniveau auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht erhöhen.

Verhaltener Anstieg des Welthandels

Die Expansion des Welthandels hat sich seit Mitte vergangenen Jahres verlangsamt. Insgesamt nahm er 1986 um 3 bis 4 vH zu. Getragen wurde der Anstieg von der Nachfrage der Industrieländer. Die Erdöl-exportländer schränkten demgegenüber ihre Einfuhr aufgrund des drastischen Rückgangs der Ausfuhrerlöse deutlich ein. Die anderen Entwicklungsländer dürften ihre Bezüge insgesamt leicht erhöht haben.

Die Anpassung der Weltwirtschaft an die veränderten Preis- und Wechselkursrelationen wird auch die weitere Entwicklung des Welthandels prägen. So wird die starke Verschiebung der Wettbewerbspositionen auf eine Dämpfung der Einfuhr in den USA und eine Anregung der Importe in Japan und Westeuropa hinwirken. In den Erdöl-exportländern wird die Einfuhr noch eingeschränkt werden, aber mit fortschreitender Anpassung an die gesunkenen Exporterlöse weniger rasch als zuvor. Die Nachfrage der ölimportierenden Entwicklungsländer dürfte insgesamt leicht steigen, wenngleich sich für einige hochverschuldete Länder der außenwirtschaftliche Spielraum infolge des weiter erschwerten Zugangs zu den internationalen Finanzmärkten verengt. Im Durchschnitt des Jahres 1987 wird die Anstiegsrate des Welthandelsvolumens etwa 3 vH betragen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland ist der konjunkturelle Aufschwung — nach zügiger Entwicklung im Sommer — im Herbst 1986 ins Stocken geraten. Anfang 1987 ging das Sozialprodukt sogar zurück, zum Teil allerdings auch infolge der ungünstigen Witterung.

Ausschlaggebend für die schwächere Konjunktur waren die retardierenden Einflüsse von der Außenwirtschaft. Ihr Ausmaß war größer, als von den an diesem Gutachten beteiligten Instituten im Herbst erwartet worden war. Grund dafür ist nicht nur, daß sich die Höherbewertung der D-Mark, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, anders als angenommen zunächst noch fortsetzte, sondern auch, daß von den Wechselkursänderungen stärkere dämpfende Wirkungen auf Export und Investitionen ausgingen als seinerzeit prognostiziert. Der private Konsum hat dagegen die Konjunktur weiterhin gestützt.

Trotz des Rückgangs der Produktion hat sich der Anstieg der Beschäftigung bis zuletzt, wenn auch verlangsamter, fortgesetzt. Die Verbraucherpreise, die im Jahresverlauf 1986 gesunken waren, stiegen mit dem Auslaufen der dämpfenden Wirkungen des Rückgangs der Einfuhrpreise wieder leicht an.

Fortsetzung der expansiven Geldpolitik

Finanzmärkte und Geldpolitik standen zeitweilig im Zeichen heftiger Währungsunruhen. Gegen Ende letzten Jahres lebte die Spekulation auf einen weiteren Rückgang des Dollarkurses wieder auf. Damit vergrößerten sich die Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS). Um die Kurse in der vereinbarten Bandbreite zu halten, intervenierten die Bundesbank und die Notenbanken der Partnerländer, so daß es zu massiven Geldzuflüssen in die Bundesrepublik Deutschland kam. Mitte Januar wurde die D-Mark im Rahmen einer Neufestsetzung der Leitkurse zwar aufgewertet, doch die erwarteten Rückflüsse von Auslandsgeldern blieben aus. Ende Januar hörte der Druck auf den Dollar auf. Offensichtlich war beim Kurs von 1,80 DM eine Schwelle erreicht, bei der die Spekulation auf einen weiteren Rückgang des Dollarkurses als zu riskant erschien.

Zur Beruhigung der Devisenmärkte mag beigetragen haben, daß im Februar die — durch das „Louvre-Treffen“ bestätigte — Erwartung aufkam, die Währungsbehörden der großen Industrieländer würden auf eine Stabilisierung der Wechselkurse hinwirken. Gewichtiger war aber wohl die Geldpolitik in der Bundesrepublik. Die Maßnahmen der Bundesbank zeigten, daß sie ihre seit Mitte 1985 verfolgte expansive Geldpolitik fortsetzen wollte, um der Höherbewertung der D-Mark, aber auch der konjunkturellen Abschwächung zu begegnen. Im Januar wurden zwar die Mindestreserven erhöht und die Rediskontkontingente gekürzt; denn wegen der Devisenzuflüsse hatte die Bankenliquidität ein Volumen erreicht, das mit den verfügbaren offenmarktpolitischen Instrumenten allein nicht neutralisiert werden konnte. Gleichzeitig setzte die Bun-

desbank jedoch den Diskont- und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt herab und nutzte die wiedergewonnene Möglichkeit zur flexiblen Liquiditätssteuerung über Wertpapierpensionsgeschäfte zu einer Senkung der Geldmarktzinsen.

Auf dem Rentenmarkt schlug sich die Währungsspekulation in umfangreichen Wertpapierkäufen von Ausländern nieder. Die Rendite öffentlicher Anleihen sank von 6% auf 5½%. Dieser Zinsrückgang, der zunehmend auf die Einlagen und längerfristigen Bankkredite übergriff, wurde von der Wirtschaft zu einer weiteren Ablösung kürzerfristiger Verbindlichkeiten genutzt.

Die monetäre Entwicklung war in der letzten Zeit auch dadurch gekennzeichnet, daß Unternehmen und Haushalte ihre Bestände an Bargeld und Sichteinlagen (M1) sowie an Termin- und Spareinlagen weiter beträchtlich erhöhten. Zum Teil beruht dies darauf, daß mit der kräftigen Zunahme von Einkommen und Verbrauchsausgaben der Bedarf der Haushalte an Transaktionskasse nennenswert gestiegen ist. Ferner hat wegen der relativ niedrigen Zinssätze der Zwang zur „Ökonomisierung“ der Kassenhaltung nachgelassen. Hinzu kommt, daß im vergangenen Jahr die inländischen Haushalte und Unternehmen, anders als die ausländischen Anleger, wegen der zunehmenden Unsicherheit über den geldpolitischen Kurs und wegen der Befürchtung von Kursverlusten nur wenig festverzinsliche Wertpapiere gekauft und dafür ihre liquiden Reserven erhöht haben.

Die Bundesbank hat die mit dieser monetären Entwicklung verbundene Überschreitung des für 1986 gesetzten Geldmengenziels toleriert. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des neuen geldpolitischen Ziels beabsichtigte sie allerdings eine — wenn auch nicht abrupte — Dämpfung der monetären Expansion: Im Laufe dieses Jahres soll danach die Zentralbankgeldmenge in einen durch laufende Raten von 3 und 6 vH begrenzten Zieltrichter geführt werden.

Finanzpolitik gibt Impulse durch Steuersenkung

Die Finanzpolitik war 1986, anders als in den Jahren davor, leicht expansiv. Bei den Einnahmen, die mit knapp 4 vH um einen Prozentpunkt weniger als im Vorjahr zunahmen, wirkte sich die erste Stufe der Einkommensteuerentlastung aus. Die direkten Steuern stiegen nur noch um 3 vH, nach knapp 8 vH im Vorjahr. Neben der Steuerreform trug dazu allerdings auch bei, daß viele Unternehmen ihre Vorauszahlungen von Körperschaftsteuer kürzen ließen, weil sich ihre Gewinne weniger günstig als zuvor entwickelten. Anders als bei den direkten Steuern erhöhten sich die Einnahmen bei den indirekten stärker als im Vorjahr, wozu insbesondere die Anhebung der Kraftfahrzeugsteuer für nicht schadstoffarme PKW beitrug.

Der Anstieg der Ausgaben fiel mit reichlich 4 vH um gut einen Prozentpunkt höher aus als 1985. Während der

Bund mit 2 vH den Ausgabenanstieg weiterhin in engen Grenzen hielt, wurden die Ausgaben der Länder und insbesondere der Gemeinden deutlich stärker ausgeweitet. Die Gemeinden sahen offenbar Spielraum dafür, nachdem sie ihre Finanzen konsolidiert hatten. Erstmals seit 1980 nahmen die Investitionen wieder erheblich zu, wobei auch die Aufstockung der Bundesmittel für Stadt- und Dorferneuerung bedeutsam war. Abermals kräftig — um rund 10 vH — erhöht wurden die Subventionen, vor allem die zugunsten des Kohlebergbaus und der Landwirtschaft. Die Übertragungen an private Haushalte nahmen ebenfalls verstärkt zu; bestehende soziale Leistungen wurden aufgestockt, andere eingeführt. Der Staatsverbrauch stieg bei anhaltend rascher Ausweitung der Sachausgaben der Sozialversicherung und einem höheren Tarifabschluß im öffentlichen Dienst leicht beschleunigt.

Das staatliche Defizit erhöhte sich, entgegen den Planungen, um 4,5 Mrd. DM auf 24 Mrd. DM. Dahinter steht eine Zunahme des Fehlbetrages bei den Gebietskörperschaften um 8 Mrd. DM auf 33,5 Mrd. DM; die Gemeinden wiesen erstmals nach zwei Jahren wieder ein Defizit auf. In der Sozialversicherung vergrößerte sich der Überschuß um 3,5 Mrd. DM auf 9,5 Mrd. DM. Damit erweiterten sich freilich nicht die Spielräume für zusätzliche Ausgaben der Sozialversicherung, da die Schwankungsreserve in der Rentenversicherung aufgestockt werden mußte.

Aufwertung beeinträchtigt Ausfuhr

In der außenwirtschaftlichen Entwicklung machte sich im Verlaufe des Jahres 1986 die zunehmende Höherbewertung der D-Mark immer stärker bemerkbar, und der Fall der Erdölpreise wirkte fort. Die Warenausfuhr ging — nach längerer Stagnation — vom Spätherbst an zurück, besonders der Export von Investitionsgütern, bei denen die Abnahme der Auslandsaufträge bereits vor zwei Jahren eingesetzt hatte. Betroffen war vor allem der Maschinenbau. Die OPEC-Länder haben ihre Einfuhr aus der Bundesrepublik bis zuletzt gekürzt. Auch die Staatshandelsländer, die von niedrigeren Energie- und Rohstoffpreisen betroffen waren, schränkten ihre Käufe weiterhin ein. Dagegen nahmen die Lieferungen in die Entwicklungsländer (ohne OPEC) seit Jahresmitte leicht zu. Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat sich seit dem Sommer 1986 in einem deutlichen Rückgang der Ausfuhr in die USA niedergeschlagen. Hierbei mag allerdings auch die schwächere Nachfrageexpansion in den USA eine Rolle gespielt haben. Der Anstieg der Ausfuhr in die westeuropäischen Länder wurde nicht nur durch die Höherbewertung der D-Mark, sondern auch durch das Nachlassen des konjunkturellen Tempos gedämpft.

Die Wareneinfuhr nahm weiter erheblich zu. Die starke Aufwertung der D-Mark regte vor allem den Import von Verbrauchs- und Investitionsgütern an. Die Einfuhr von Vorprodukten erholte sich leicht; bestimmend war hier nicht der Bedarf für die laufende Produktion — er sank eher —, sondern eine gewisse Aufstockung der Vorräte.

Bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr nahm der reale Außenbeitrag deutlich ab. Die Preise von Ausfuhr- und Einfuhrgütern sanken in etwa gleichem Maße, die Terms of Trade veränderten sich mithin nur noch wenig. Der nominale Überschuß im Warenhandel nahm erstmals seit langem ab. Hinzu kam ein kräftig steigendes Defizit in der Dienstleistungsbilanz, so daß der Überschuß der Leistungsbilanz im Winterhalbjahr deutlich zurückging.

Investitionstätigkeit geschwächt

Die Ausrüstungsinvestitionen, die im ersten Halbjahr 1986 spürbar gestiegen waren, haben seitdem stagniert. Sie waren damit erheblich geringer, als nach den in Umfragen ermittelten Investitionsplanungen erwartet werden konnte. Offenbar führte die überraschend kräftige Aufwertung der D-Mark zu einer Verunsicherung. Die Dämpfung der Investitionen traf vor allem die inländischen Anbieter; die Importe von Investitionsgütern nahmen dagegen weiter zu.

Die Bauinvestitionen blieben konjunkturell weiter aufwärtsgerichtet; sie wurden allerdings im ersten Vierteljahr durch die Witterung außergewöhnlich beeinträchtigt. Besonders stark waren die Auftriebskräfte im Wirtschaftsbau, wenngleich die Nachfrage hier recht unetwas verlief und auf den Auftragsschub vom Sommer im vierten Vierteljahr ein deutlicher Rückgang folgte. Die insgesamt lebhaftere Nachfrage ist hier nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Investitionen der binnenorientierten Wirtschaftsbereiche, die derzeit von der konjunkturellen Entwicklung begünstigt werden, besonders bauintensiv sind. Außerdem waren die Bauaufträge von Bundesbahn und Bundespost beträchtlich höher als im Vorjahr. Die Bauinvestitionen des Staates waren im Winterhalbjahr in der Grundtendenz ebenfalls deutlich aufwärtsgerichtet.

Der konjunkturelle Rückgang der Investitionen im Wohnungsbau dürfte im Winterhalbjahr zu Ende gegangen sein. Im ganzen Jahr 1986 nahmen sie gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1 vH ab; die Entwicklung verlief damit deutlich günstiger, als aufgrund der Nachfrageindikatoren für den Wohnungsbau zu erwarten war. Beträchtlich ausgeweitet wurden offenbar die Modernisierungs- und Instandhaltungsarbeiten, die in der Statistik des Auftrageingangs nur unzureichend erfaßt werden.

Anstieg der Konsumausgaben vorübergehend verlangsamt

Der private Verbrauch war im Sommerhalbjahr 1986 zur Haupttriebkraft der Konjunktur geworden. Im Winter schwächte sich der Anstieg vorübergehend etwas ab. Der Verlauf war stark beeinflußt von der Entwicklung der Kraftfahrzeugkäufe. Weil die volle Steuervergünstigung für schadstoffarme PKW nur bei Zulassung bis zum 31.12.1986 beansprucht werden konnte, wurden viele Kraftfahrzeugkäufe vorgezogen. Diesem Schub folgte am Jahresanfang ein Nachfrageeinbruch. Recht lebhaft ex-

pandierete die Nachfrage nach Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen, auch die Reiseausgaben stiegen kräftig.

Entscheidend für die trotz etwas höherer Sparquote insgesamt beachtliche Zunahme des privaten Verbrauchs seit Jahresbeginn 1986 war der starke Anstieg der Realinkommen der privaten Haushalte. Er ergab sich aus dem Zusammentreffen von deutlich höheren Effektivverdiensten, der Steuersenkung zu Beginn des Jahres, einer Ausweitung der Beschäftigung und dem Sinken der Preise für die Lebenshaltung. Bedeutsam war auch, daß die Transfereinkommen leicht beschleunigt erhöht wurden.

Leichter Produktionsrückgang — Beschäftigungszunahme gedämpft

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging im Winterhalbjahr insgesamt leicht zurück. Die kräftige Abnahme im ersten Quartal überzeichnet die konjunkturelle Tendenz, ist sie doch etwa zur Hälfte auf Sondereinflüsse wie den außergewöhnlich harten Winter sowie die geringeren Käufe von PKW zurückzuführen. Den Stand vom Vorjahr überschritt das reale Sozialprodukt im ersten Vierteljahr kalendermonatlich um knapp 2 vH; unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen betrug der Anstieg 1 vH.

Der Beschäftigungsanstieg schwächte sich ab. Im Verlaufe des Winterhalbjahres erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen mit 80 000 nur noch halb so stark wie im Halbjahr zuvor. Der Vorjahresstand wurde zuletzt noch um 230 000 Personen überschritten, nach 270 000 im Sommer. Zugleich hat die Zahl der Kurzarbeiter zugenommen; sie übertraf im ersten Vierteljahr 1987 ihren Vorjahresstand um 140 000.

Entsprechend der geringeren Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften ist die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen leicht, auf 165 000, gesunken. Die Arbeitslosigkeit hat im Verlaufe des Winterhalbjahres saisonbereinigt etwas zugenommen, obwohl Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen verstärkt angeboten und in Anspruch genommen wurden. Auch traten tarifliche Vorruhestandsregelungen in Kraft, die zu Wiederbesetzungen führten. Im Februar unterschritt die Zahl der Arbeitslosen den Vorjahresstand um rund 100 000, im März war sie — weitgehend witterungsbedingt — nur um 35 000 niedriger.

Leichter Anstieg der Verbraucherpreise

Nachdem die Preise auf der Verbraucherstufe im letzten Jahr rückläufig gewesen waren, sind sie mit dem allmählichen Fortfall der dämpfenden Wirkungen des Ölpreisrückgangs und der Aufwertung der D-Mark seit Jahresbeginn leicht gestiegen. Nunmehr kommt wieder stärker der inländische Kostenauftrieb und damit die Grundrichtung der Preisentwicklung zum Tragen. Im Jahresvergleich waren die Lebenshaltungspreise im ersten Quartal um 0,5 vH niedriger.

Ausblick*

Der Rückgang von Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr bedeutet nicht den Beginn eines zyklischen Abschwungs. Diese Einschätzung gründet sich darauf, daß die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den vergangenen Jahren moderat verlief, Engpässe mit einer inflatorischen Beschleunigung von Kosten- und Preisaufrtrieb nicht auftraten und insbesondere die Geldpolitik einen expansiven Kurs verfolgt.

Die Schwäche ist vielmehr die Folge der beträchtlichen Veränderungen der Preis- und Wechselkursrelationen, an die sich die Wirtschaft der Bundesrepublik anpassen muß. Tempo und Ausmaß der Höherbewertung der D-Mark lösten bei den Unternehmen große Unsicherheit über die weitere Entwicklung aus. Dies führte offensichtlich dazu, daß geplante Investitionsvorhaben nicht durchgeführt wurden. Da für die Unternehmen das Unterlassen von Investitionen kein Weg ist, mit der der verstärkten Auslandskonkurrenz begegnet werden kann, ist zu erwarten, daß viele Investitionen nur aufgeschoben wurden und bald nachgeholt werden.

Die Anpassung an die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen ist zwar noch nicht abgeschlossen; aufgrund der Erfahrungen mit ähnlichen Entwicklungen in der Vergangenheit kann aber damit gerechnet werden, daß die Bremswirkungen noch in diesem Jahr fühlbar nachlassen werden.

Die inländischen Voraussetzungen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung sind nach wie vor günstig. Die realwirtschaftlichen Anstöße der expansiven Geldpolitik sind beachtlich und die Absatz- und Ertrags Erwartungen der binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen nach wie vor gut. Auch wird die Verbilligung von Heizenergie für einen Teil der privaten Haushalte erst in diesem Jahr einkommens- oder kaufkraftwirksam.

Beides zusammen, abnehmende außenwirtschaftliche Belastungen und recht günstige inländische Bedingungen, dürfte bereits im Frühjahr zu einem konjunkturellen Wiederanstieg von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion führen. Diese Prognose ist allerdings mit Risiken behaftet, zumal ihr Annahmen zugrunde liegen, namentlich die über die Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, die recht unsicher sind.

Von den Annahmen, die sich zu einem Teil aus der Analyse über die weltwirtschaftliche Entwicklung ergeben, sind insbesondere zu nennen:

— In den Industrieländern wird sich die Aufwärtsentwicklung von Nachfrage und Produktion fortsetzen. Dabei wird die konjunkturelle Expansion in den USA wech-

* Die nachstehenden Ausführungen geben die Einschätzung von drei der beteiligten Institute wieder, dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel und dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, weicht in wichtigen Punkten davon ab; sie ist im Anschluß an diesen Text dargestellt.

selkursbedingt etwas stärker sein als in Japan und in Westeuropa. Für den Welthandel zeichnet sich im Verlauf des Jahres eine ähnliche Zunahme ab wie im Vorjahr.

- Der Preis für Rohöl wird im Jahresdurchschnitt eher etwas unter dem von der OPEC angestrebten Preis von 18 \$ je Barrel liegen. Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe werden die Preise etwa auf dem derzeitigen Niveau verharren.
- Der Dollarkurs wird sich in der Größenordnung von 1,80 DM halten; die Leitkurse im Europäischen Währungssystem bleiben unverändert.
- Die Ausgaben des Staates werden, ungeachtet der gegenüber der letzten Steuerschätzung zu erwartenden Mindereinnahmen, im geplanten Umfang gesteigert. Konjunkturpolitische Maßnahmen werden nicht angenommen.
- Die Bundesbank hält an ihrem derzeitigen Kurs fest. Die Zentralbankgeldmenge wird eher oberhalb des Zieltrichters von 3 bis 6 vH expandieren.
- Die Tarifabschlüsse werden nur wenig niedriger sein als im vergangenen Jahr. In wichtigen Bereichen werden Arbeitszeitverkürzungen vereinbart; diese werden aber erst im kommenden Jahr wirksam. Arbeitskämpfe mit nennenswerten Produktionsausfällen werden nicht angenommen.

Rückgang der Ausfuhr kommt zum Stillstand

Die Ausfuhr wird auch in diesem Jahr Schwachstelle der Konjunktur sein. Es besteht aber die begründete Aussicht, daß der Rückgang der Exporte bald zum Stillstand kommt und im weiteren Verlauf des Jahres von einem leichten Anstieg abgelöst wird.

In den Industrieländern wird die wirtschaftliche Entwicklung etwas stärker aufwärtsgerichtet sein als im Winterhalbjahr. Außerdem werden die dämpfenden Wirkungen der Höherbewertung der D-Mark allmählich nachlassen. Beides zusammen läßt erwarten, daß die Lieferungen in die Industrieländer wieder leicht steigen werden. Dies gilt namentlich für die Exporte in die westeuropäischen Länder. Die Ausfuhren nach Nordamerika werden zwar weiter sinken, allerdings wohl nicht mehr so stark wie zuvor.

Die Ausfuhr in die ölexportierenden Entwicklungsländer dürfte nun erheblich langsamer zurückgehen als bisher. Viele von ihnen haben die Anpassung der Importe an die Erlöseinbußen zu einem großen Teil vollzogen, und ihre Einnahmen erhöhen sich seit dem vergangenen Herbst wieder.

Bei den Lieferungen in die übrigen Entwicklungsländer dürfte die leicht aufwärtsgerichtete Tendenz, die sich in den letzten Monaten durchsetzte, anhalten. Diese Länder sind durch die Verbilligung von Energie und den Rückgang der Zinsen offenbar fühlbar entlastet worden.

Alles in allem wird der Anstieg der Warenausfuhr in der zweiten Jahreshälfte geringer sein als der vorherige Rückgang; im gesamten Jahr wird der Export also etwas

niedriger sein als im vorangegangenen. Ähnliches gilt auch für die Dienstleistungsausfuhr.

Die Exportpreise werden voraussichtlich wieder steigen. Dem anhaltenden Anstieg der inländischen Kosten stehen keine Verbilligungen der Einfuhr mehr gegenüber. Die Preisanhebungen werden aber wegen der verhaltenen Weltkonjunktur und der Verteuerung der D-Mark gering sein, im Jahresdurchschnitt wird das Preisniveau unter dem des Vorjahres liegen.

Zügige Ausweitung des privaten Verbrauchs

Vom privaten Verbrauch werden auch in diesem Jahr beachtliche Anregungen auf die Konjunktur ausgehen. Die verfügbaren Einkommen werden mit 4 vH nur wenig schwächer zunehmen als im Vorjahr. Zwar fällt bei den Arbeitnehmereinkommen die Steigerung deutlich geringer aus als damals, weil die Beschäftigung verlangsamt steigt, die Tariflohnerhöhungen etwas niedriger sein werden und die Progression des Steuertarifs wieder voll greift. Dieser Einfluß wird aber vermutlich dadurch ausgeglichen, daß die Entnahmen der Selbständigen, die im vergangenen Jahr nur wenig zugenommen hatten, nun wieder stärker steigen. Die übertragenen Einkommen werden in ähnlichem Umfang expandieren wie zuvor, darunter die Renten deutlich rascher.

Voraussichtlich werden die privaten Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens für den Konsum verwenden als im Vorjahr. Nachdem die Ersparnis im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der unerwarteten Ölverbilligung wohl stärker als geplant gestiegen war, wird ein Teil davon in diesem Jahr vermutlich für Käufe ausgegeben werden. Zudem wird der Rückgang der Zinsen die Sparneigung dämpfen und die Verschuldungsbereitschaft anregen. Schließlich werden Haushalte mit ihren Heizkostenabrechnungen im Frühjahr Rückzahlungen erhalten, die weitgehend in den Konsum fließen dürften.

Von den Verbrauchsausgaben wird zwar ein Teil dadurch aufgezehrt, daß — anders als im Vorjahr — die Preise für die Lebenshaltung wieder steigen. Da sich der Preisanstieg insgesamt jedoch in engen Grenzen halten wird, dürfte der reale private Verbrauch ähnlich stark zunehmen wie im Jahre 1986.

Erneute Zunahme der Bauinvestitionen

Auf dem Baumarkt wird sich, nach dem witterungsbedingten Einbruch in den ersten Monaten, die Erholung fortsetzen. Allerdings sind die Aussichten nicht mehr ganz so günstig wie im Herbst; jedenfalls war die Auftragsvergabe im Winterhalbjahr deutlich rückläufig. Gleichwohl verfügen die Unternehmen gegenwärtig über beachtliche Auftragsbestände. Eine deutliche Zunahme der Bauinvestitionen ist zumindest für dieses Jahr zu erwarten.

Das gilt namentlich für die gewerblichen Bauinvestitionen; hier wird die Zunahme nochmals etwas höher sein als im vorangegangenen Jahr. Neben Bahn und Post dürften auch der Handel und die Dienstleistungsbereiche, die von der anhaltenden Expansion der Inlandsnachfrage

begünstigt werden, ihre Bauinvestitionen merklich ausweiten. Hinzu kommt, daß Umweltschutzinvestitionen immer mehr an Bedeutung gewinnen, die in erheblichem Umfang mit Baumaßnahmen verbunden sind.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden zwar weniger stark steigen als im Vorjahr, die Zunahme wird gleichwohl noch beachtlich sein. Zu der Steigerung trägt bei, daß die Anstöße, die vom Programm zur Städtebauförderung ausgehen, stärker sein werden als im Vorjahr. Zudem ist damit zu rechnen, daß die Investitionszuweisungen der Länder an die Gemeinden aufgestockt werden. Zusätzliche Investitionen werden vor allem im Zusammenhang mit Umweltschutz und Entsorgung durchgeführt.

Im Wohnungsbau ist zum erstenmal seit 1984 wieder mit einer Steigerung zu rechnen; sie wird allerdings nur gering sein. Nach wie vor ist die Entwicklung in diesem Bereich gespalten. Im Wohnungsneubau beschränkt sich die Belebung auf den Einfamilienhausbau. Hier wirkt sich aus, daß die Hypothekenzinsen „historisch“ niedrig und die Einkommenserwartungen nach wie vor recht günstig sind. Attentismus wird vermutlich keine Rolle mehr spielen, weil potentielle Bauherren wohl eher mit steigenden Zinsen und wieder höheren Preissteigerungen rechnen. Die Investitionen im Geschößwohnungsbau werden dagegen weiter zurückgehen. Hier sind derzeit kaum Renditen zu erzielen und die Aussichten auf Wertsteigerungen gering.

Erheblich günstiger als im Wohnungsneubau wird die Entwicklung im Bereich der Modernisierung und Instandhaltung sein; auf diese Maßnahmen entfällt inzwischen mehr als ein Drittel der gesamten Wohnungsbauinvestitionen. Dies hängt damit zusammen, daß die Altersstruktur des Gebäudebestandes ungünstiger wird und zunehmend Bauschäden auftreten. Hinzu kommt, daß der Erhaltung und Modernisierung alter Gebäude wieder ein größerer Wert beigemessen wird als in den zurückliegenden Jahren und solche Maßnahmen zum Teil auch vom Staat aus städtebaulichen Gründen gefördert werden. Schließlich ist der Erwerb eines bestehenden Gebäudes oft auch dann noch mit geringerem finanziellen Aufwand verbunden, als der eines Neubaus, wenn Modernisierungen durchgeführt werden müssen.

Leichte Belebung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Bedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen werden sich im Verlauf des Jahres wieder verbessern. Die mit der Höherbewertung der D-Mark verbundenen Unsicherheiten und Belastungen werden allmählich abklingen, und die Nachfrage aus dem Ausland wird — wie erwähnt — leicht steigen. Die exportorientierten Unternehmen werden ihre Absatz- und Ertragsaussichten daher weniger skeptisch einschätzen als noch im Winterhalbjahr. Die Zinsen sind in den ersten Monaten dieses Jahres nochmals deutlich gesunken. Die Erträge und Ertragserwartungen der binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen sind angesichts des weiterhin lebhaft expandierenden privaten Verbrauchs sowie der regen Bautätigkeit nach wie vor günstig. Die Renditen aus Sachan-

lagen übersteigen im Durchschnitt die aus Finanzanlagen weiterhin beachtlich; dies gilt auch für das verarbeitende Gewerbe.

Dies alles spricht dafür, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen bald aus ihrer Schwäche lösen werden, zumal auch Investitionen nachgeholt werden dürften, die in den zurückliegenden Monaten wegen der sehr großen Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung zurückgestellt worden waren. Im Jahresergebnis wird die Steigerungsrate allerdings etwas niedriger sein als im Vorjahr.

Erneuter Anstieg des Staatsdefizits

Der Staat wird seine Ausgaben in diesem Jahr voraussichtlich in demselben Umfang steigern wie 1986. Von den Gebietskörperschaften insgesamt wird der vom Finanzplanungsrat empfohlene Rahmen einer Ausweitung der Ausgaben von nicht mehr als 3 vH also auch in diesem Jahr nicht eingehalten. Während der Bund seine Ausgaben lediglich um 2½ vH erhöht, ist bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden mit deutlich größeren Zuwächsen zu rechnen.

Die Struktur der Ausgabensteigerungen wird sich nicht nennenswert ändern. Wie bereits im Vorjahr werden die Ausgaben für Investitionen am stärksten erhöht; allerdings ist der Zuwachs niedriger als damals. Sodann werden die Subventionen erneut kräftig aufgestockt. Hier schlägt vor allem die Erhöhung der Kokskohlenbeihilfe sowie der Ausgleichszahlungen, die die Stromerzeuger im Rahmen des „Jahrhundertvertrags“ erhalten, zu Buche. Überdurchschnittlich steigen schließlich die Ausgaben für den Staatsverbrauch, unterdurchschnittlich u.a. die Zinsaufwendungen.

Die Einnahmen des Staates werden in diesem Jahr nicht stärker zunehmen als im letzten, obwohl 1986 das Steueraufkommen wegen der ersten Stufe der Steuerentlastung um rund 11 Mrd. DM geschmälert worden war. Zwar werden die Einnahmen aus der Lohnsteuer progressionsbedingt und die aus indirekten Steuern infolge der verstärkten Ausweitung der steuerpflichtigen Umsätze sowie wegen der geplanten Anhebung des „Kohlepfennigs“ beschleunigt steigen. Dem steht jedoch gegenüber, daß das Aufkommen aus Gewinnsteuern vor allem aufgrund von Sondereffekten sinkt.

Spürbar gedämpft wird die Zunahme bei den Einnahmen des Bundes schließlich dadurch, daß die Bundesbank wegen der gesunkenen Zinsen und des Kursverlustes des Dollars einen um schätzungsweise 5 Mrd. DM geringeren Gewinn an den Bund ausschütten wird als im Vorjahr.

Obwohl die Anhebung der Beitragssätze in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung stärker zu Buche schlägt als die Senkung in der Rentenversicherung, werden die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen etwas verlangsamt zunehmen. Den Ausschlag hierfür geben die etwas niedrigeren Lohnerhöhungen sowie die geringere Beschäftigungszunahme.

Alles in allem steigen die Einnahmen des Staates mit etwa 3½ vH um einen halben Prozentpunkt schwächer

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

Vorausschätzung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen

	Absolute Werte			Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH		
	1985	1986	1987*)	1985	1986	1987*)
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 580,8	1 618,4	1 653,5	2,5	2,4	2
Beschäftigte Arbeitnehmer (1000 Personen)	22 208	22 455	22 640	0,8	1,1	1
Arbeitslose (1000 Personen)	2 304	2 228	2 170	.	.	.
Arbeitslosenquote ¹⁾ (vH)	9,4	9,0	8,5	.	.	.
Verbraucherpreise ²⁾	.	.	.	2,1	-0,4	0,5
Leistungsbilanzsaldo ³⁾ (Mrd. DM)	38,9	77,8	65	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	- 19,7	- 24,1	- 29	.	.	.

*) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 1) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — 2) Preisniveau des privaten Verbrauchs. — 3) Zahlungsbilanzstatistik.

als die Ausgaben. Das Defizit nimmt daher zu, und zwar um reichlich 5 Mrd. DM auf 30 Mrd. DM; bei den Gebietskörperschaften erhöht sich der Fehlbetrag, und bei den Sozialversicherungen sinkt der Überschuß.

Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird nach dem Rückgang im Winterhalbjahr wieder deutlich steigen. Dabei wird es im zweiten Vierteljahr zu einer recht kräftigen Ausweitung kommen, und zwar nicht nur, weil Produktion nachgeholt wird, die in den ersten Monaten witterungsbedingt ausgefallen war, sondern auch, weil die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder spürbar werden. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion auch wegen der Nachholeffekte relativ stark sein; dabei wird die Haupttriebkraft weiterhin die Inlandsnachfrage sein. Wegen der niedrigen Ausgangsbasis dürfte die Zunahme des Sozialprodukts im Jahresdurchschnitt jedoch nur etwa 2 vH betragen; in dieser Einschätzung gibt es graduelle Unterschiede.

Weiterhin lebhafte Zunahme der Einfuhr

Deutlich stärker als das Güterangebot aus inländischer Produktion wird die Einfuhr zunehmen. Dies gilt nicht nur für die Bezüge von Verbrauchsgütern, sondern auch für die von Investitionsgütern. Den ausländischen Anbietern, namentlich denen aus dem Dollarraum, wird das Vordringen auf den inländischen Markt durch die Höherbewertung der D-Mark erleichtert. Die Nachfrage nach industriellen Vorprodukten wird bei wieder steigender Indu-

strieproduktion anziehen. Mit einer nennenswerten Lageraufstockung ist allerdings nicht zu rechnen, da die Preise auf den Weltrohstoffmärkten weitgehend stabil bleiben.

Importierte Fertigwaren werden dagegen im Verlauf des Jahres wieder teurer werden, da sich die Höherbewertung der D-Mark nicht fortsetzt. Insgesamt wird der Anstieg der Importpreise jedoch flach sein. Weil die Einfuhrpreise zu Jahresbeginn beträchtlich niedriger waren als im Durchschnitt des Vorjahres, errechnet sich für den Jahresdurchschnitt 1987 erneut ein deutlicher Rückgang.

Da die reale Wareneinfuhr beachtlich steigt, während die Ausfuhr leicht sinkt, nimmt der Überschuß im Warenverkehr — wie schon im vergangenen Jahr — kräftig ab. Wegen der nochmaligen Verbesserung der Terms of Trade im Jahresdurchschnitt wird sich indes der Saldo in jeweiligen Preisen weniger stark verringern; in der Handelsbilanz dürfte er etwa 100 Mrd. DM betragen, nach reichlich 110 Mrd. DM im Vorjahr. Bei dem steigenden Defizit im Dienstleistungsverkehr und dem etwa unveränderten Fehlbetrag in der Übertragungsbilanz wird der Überschuß im gesamten Leistungsverkehr mit dem Ausland mit reichlich 60 Mrd. DM, nach fast 80 Mrd. DM im Vorjahr, immer noch hoch sein.

Nur geringer Abbau der Arbeitslosigkeit

Mit dem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften verstärken. Allerdings wird die Zunahme schwächer sein als im vergangenen Jahr. Die tarifliche Verkürzung der

Wochenarbeitszeit, die in einigen Bereichen wirksam geworden ist oder noch wird, sowie die zusätzlichen arbeitsfreien Tage im öffentlichen Dienst werden kaum zu Neueinstellungen in nennenswertem Umfang führen.

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf um etwa 150 000 zunehmen und im Jahresdurchschnitt die vom Vorjahr um rd. 200 000 übersteigen. Getragen wird die Beschäftigungszunahme in erster Linie vom privaten Dienstleistungsgewerbe sowie vom Staat, hier auch im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das Baugewerbe dürfte zum erstenmal seit 1980 zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist, wenn überhaupt, nur mit einer geringen Ausweitung des Personalstandes zu rechnen.

Bei alledem wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur wenig zurückgehen, zumal das Erwerbspersonenpotential wieder leicht verstärkt steigt und nach wie vor Arbeitsuchende, die sich nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet haben (Stille Reserve), auf den Markt drängen. Ende dieses Jahres wird die Zahl der Arbeitslosen mit — saisonbereinigt — 2,15 Mill. voraussichtlich nicht nennenswert niedriger sein als Ende 1986.

Verbraucherpreise steigen

Die preisdämpfenden Wirkungen der Einfuhrverbilligung werden weiter nachlassen, und die Anpassung der Preise für Gas und Fernwärme an die gesunkenen Heizölpreise ist inzwischen weitgehend vollzogen. Damit wird die Entwicklung der Verbraucherpreise wieder durch den Anstieg der inländischen Kosten geprägt, der für dieses Jahr auf 2 bis 2½ vH zu veranschlagen ist. Ob der Kostenanstieg in vollem Umfang bis auf die Verbraucherstufe weitergewälzt werden kann, ist jedoch fraglich. Der monetäre Rahmen ist zwar weit gesteckt; von der Nachfrage und vom Wettbewerb dürfte der Überwälzungsspielraum aber relativ eng begrenzt sein. Im Verlauf des Jahres werden die Verbraucherpreise allenfalls um 2 vH steigen und im Jahresdurchschnitt um etwa 0,5 vH höher sein als 1986.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, schätzen die konjunkturelle Entwicklung im weiteren Verlauf dieses Jahres deutlich ungünstiger ein als die drei anderen Institute. Zwar erwarten auch sie, daß es nach dem kräftigen, durch Sondereinflüsse verstärkten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Beginn des Jahres zunächst zu einem spürbaren Wiederanstieg kommt. Im zweiten Halbjahr 1987 wird sich daran aber eine nur schwache Aufwärtstendenz anschließen.

Entscheidend für diese Einschätzung ist die Annahme, daß die außenwirtschaftlichen Einflüsse, die den Export hemmen und den Import zu Lasten der inländischen Produktion fördern, die wirtschaftliche Entwicklung im weitestgrößten Teil des Jahres dominieren werden. Mit dieser langen Dauer werden die Rückwirkungen auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage immer spürbarer.

Eckdaten der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland

Vorausschätzung
des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin,
und des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1986	1987
Entstehung des Sozialprodukts, real		
Zahl der Erwerbstätigen	1,0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,8	-1
Arbeitstage ¹⁾	0,0	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,2	-0,5
Produktivität ²⁾	2,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1
Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	4,2	3
Staatsverbrauch	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	3,3	2
Ausrüstungen	4,6	2
Bauten	2,3	2
Inlandsnachfrage	3,7	2,5
Ausfuhr	-0,5	-2,5
Einfuhr	3,2	3
Bruttosozialprodukt nachrichtlich (in Mrd. DM):	2,4	1
Vorratsveränderung	6,1	5
Außenbeitrag	61,2	35
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	-0,4	0,5
Bruttosozialprodukt	3,1	2
Einkommensverteilung		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	5,0	3,5
Unternehmertätigkeit u. Vermögen	9,5	0
Volkseinkommen	6,4	2,5
Weitere Eckdaten		
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM) ³⁾	77,8	58
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-24,1	-39
Beschäftigte Arbeitnehmer (1000 Pers.)	22 455	22 580
Arbeitslose (1000 Pers.)	2 228	2 200

¹⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt.

— ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. —

³⁾ Zahlungsbilanzstatistik.

Dabei werden sich sowohl die Gewinne der Unternehmen als auch die Einkommen der Arbeitnehmer — wegen des Drucks auf die Beschäftigung — ungünstiger entwickeln, als von der Mehrheit der Institute geschätzt wird.

Im einzelnen erwarten DIW und Ifo:

- Die reale Ausfuhr wird in diesem Jahr um etwa 2½ vH niedriger sein als im Vorjahr; im weiteren Jahresverlauf wird es zu keinem nennenswerten Wiederanstieg

kommen, denn auch bei einem nicht mehr sinkenden Dollarkurs werden sich die Anpassungen an die neuen Wettbewerbsrelationen auf den Auslandsmärkten länger fortsetzen. Dies betrifft nicht nur den Markt der USA, sondern auch die übrigen Länder des Dollarraums, aber auch die EG-Länder. Die konjunkturelle Entwicklung der Industrieländer wird zudem, wie im Minderheitsvotum zum weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, schwächer eingeschätzt als von der Mehrheit.

- Stark steigende Anteile der inländischen Mehrnachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern werden aus Importen gedeckt.
- Mit dem wechselkursbedingten Druck auf die Gewinne der inländischen Produzenten verringert sich der bisherige Vorsprung der Rentabilität von Sachinvestitionen im Vergleich zur Rendite von Anlagen auf den Wertpapiermärkten. Auch die verschlechterten Absatzerwartungen dämpfen die Investitionsneigung. Daraus entwickeln sich Elemente eines zyklischen Investitionsabschwungs, die die Industrieproduktion weiterhin beeinträchtigen.
- Gestützt wird die wirtschaftliche Entwicklung zwar vom privaten Verbrauch und den Bauinvestitionen, doch werden die von hier ausgehenden Impulse im Zuge der Konjunkturschwäche ebenfalls nachlassen. Damit wird auch dann, wenn der Exportrückgang im Sommer zum Ende kommt, der Anstieg des realen Bruttosozialproduktes nur schwach sein.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr nur um etwa 1 vH höher sein als 1986. Daraus resultiert eine deutliche Dämpfung des Anstiegs der Beschäftigtenzahl. Nur noch vom tertiären Sektor werden hier Impulse zu verzeichnen sein, während die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe sogar sinken wird. Der Zuwachs von 125 000 Personen, der von DIW und Ifo für die Gesamtbeschäftigung im Jahresdurchschnitt 1987 geschätzt wird, ergibt sich mehr aus dem Überhang am Ende vorigen Jahres als aus der laufenden Entwicklung in diesem Jahre. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei saisonbereinigt wieder zunehmen. Sie wird im Jahresdurchschnitt mit 2,2 Mill. nur wenig niedriger sein als im Vorjahr.

Mit der Sicht auf einen ungünstigeren konjunkturellen Verlauf weichen auch andere Schlüsselgrößen von den Schätzungen der übrigen Institute ab: Der Überschuß in der Leistungsbilanz fällt 1987 deutlich niedriger, das Staatsdefizit deutlich höher aus.

* * *

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Nach der konjunkturellen Wende von Ende 1982 kam es in der Bundesrepublik zu einer lang anhaltenden Aufwärtsbewegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. In deren Verlauf ist nicht nur die Auslastung der Sachkapazitäten gestiegen, sondern es nahm — mit etwa der üblichen Verzögerung — auch die Beschäftigung wieder

deutlich zu. Mit 25,9 Mill. blieb die Zahl der Erwerbstätigen allerdings zuletzt noch um rund 400 000 hinter der des vorangegangenen Höhepunkts der Beschäftigung von 1980 zurück. In der gleichen Zeit wuchs das Potential an Erwerbspersonen um 1,3 Mill. Gemessen an der Arbeitslosenquote kam die Bundesrepublik dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes in den vergangenen vier Jahren nicht näher.

Das Wachstum des realen Sozialproduktes von jahresdurchschnittlich 2¾ vH seit Ende 1982 reichte bei den herrschenden Bedingungen auf dem Güter- und dem Arbeitsmarkt nicht aus, um neben der Absorption des zusätzlichen Potentials an Erwerbspersonen auch den zum Zeitpunkt der konjunkturellen Wende hohen Sockel an Arbeitslosen merklich abschmelzen zu lassen. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen in den letzten vier Jahren mit durchschnittlich 5 vH deutlich zu. Das Wachstum des Produktionspotentials beschleunigte sich dabei jedoch nur wenig, und die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze blieb weit hinter dem Notwendigen zurück. In den nächsten Jahren wird der demographische Druck auf dem Arbeitsmarkt schwächer; dies bedeutet nicht, daß schon damit die Arbeitslosigkeit in größerem Umfang zurückgeht.

Die Mehrheit der Institute ist zwar der Ansicht, daß die gegenwärtige konjunkturelle Schwäche bald überwunden wird. Nach Auffassung aller an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute wäre die Bundesregierung jedoch schlecht beraten, wenn sie die Bedingungen für ein robustes Wachstum schon als gegeben ansähe.

Es muß also für mehr Wachstumsdynamik gesorgt werden, damit mehr zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Die Vorstellung, das dafür Notwendige sei schon getan, hält einer Prüfung nicht stand. Auch das Umschalten von der Auslands- auf die Inlandsnachfrage ist noch nicht in erforderlichem Umfang gelungen. Die Expansion der Inlandsnachfrage beschleunigte sich zwar wegen des Realinkommensgewinns infolge der Verbesserung der Terms of Trade, der die privaten Haushalte befähigte, ihren realen Konsum erstmals seit langer Zeit kräftig zu steigern. Die Investitionsneigung, Gradmesser für Konstitution und Dynamik der Wirtschaft, die ohnehin nicht sehr kräftig war, hat sich aber seit Mitte 1986 nicht verstärkt, sondern abgeschwächt. Auch wenn man einräumt, daß dabei die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Wechselkurse für die Unternehmen Anlaß zu einer abwartenden Haltung war, die nur vorübergehend wirkt, so ist die Dynamik der Unternehmensinvestitionen zu schwach, als daß mit ihr die notwendige Verstärkung des Potentialwachstums erreicht werden könnte.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Mit der Steuerentlastung 1986/88 und der für 1990 geplanten Reform, aus der ein Paket von 5 Mrd. DM in das Jahr 1988 vorgezogen werden soll, löst die Finanzpolitik gegebene Versprechen ein und befindet sich steuerpolitisch im Prinzip auf dem richtigen Weg. Zu bemängeln sind jedoch die Wahl des Zeitpunkts und das Offenlassen

der Finanzierungsfrage. Schon bei dem Entlastungspaket 1986/88 wurde mit dem zeitlichen Auseinanderziehen ein Teil des möglichen Impulses der Steuersenkung verschenkt. Und das geplante Inkrafttreten der eigentlichen Reform erst im Jahre 1990 ist insofern fragwürdig, als die Bundesregierung eine kräftige Senkung der Steuerlast von Anfang an als eine entscheidende Voraussetzung für die Wiedergewinnung von mehr Wachstum und Beschäftigung bezeichnet hatte. Was immer auch für das Argument der Regierung gesprochen haben mag, durch eine längere Konsolidierungsphase müsse erst der finanzielle Spielraum für Steuererleichterungen geschaffen werden — Tatsache ist, daß sich die von den Instituten wiederholt geäußerte Sorge, bei dieser Strategie werde ein Teil der eingesparten Mittel für zusätzliche Ausgaben verwendet, bestätigt hat. So wurden im Widerspruch zu den Absichtserklärungen der Bundesregierung eine Reihe von Subventionen aufgestockt und neue Sozialleistungen eingeführt; Spielraum, der für eine stärkere Steuerentlastung hätte genutzt werden können, wurde auf diese Weise vergeben. In dem Zusammenhang ist kritisch zu vermerken, daß im Rahmen der vom Kabinett für 1988 beschlossenen zusätzlichen Steuerentlastung mit der Verdoppelung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen eine Subvention erhöht wird.

Das von den Instituten mehrfach gemeinsam geforderte Vorziehen der Steuerentlastung auf 1987 ist inzwischen technisch kaum noch zu realisieren. Nach den Diskussionen der letzten Zeit scheint überdies weder beim Bund noch bei den Ländern der politische Wille hierzu vorhanden zu sein. Dies gilt offenbar auch für eine vorübergehende Steuerentlastung nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, in der das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ersatzweise einen Beitrag zur Milderung der von ihnen als gravierend eingeschätzten Nachfrageschwäche in diesem Jahr sehen.

Weiterhin gilt: Was der Verbesserung der Wachstumsbedingungen dient, sollte so früh wie möglich getan werden. Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch die für 1990 geplante Steuerreform vorzuziehen.

Mit dem Abtrennen der Finanzierungsfrage von der Regelung des Umfangs und der Struktur der Steuerentlastung wurde der Grundsatz verletzt, daß Zusammengehöriges auch zusammen behandelt und entschieden werden sollte. Den Unternehmen und Haushalten fehlt damit Klarheit über das, was sie „unter dem Strich“ von der Steuerreform zu erwarten haben. Soll hieraus keine länger anhaltende Unsicherheit und damit Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werden, so muß über die Finanzierung der Steuerentlastung rasch entschieden werden. Dabei würde die Beachtung der folgenden Grundsätze die Erreichung der mit der Reform angestrebten wachstumspolitischen Effekte unterstützen:

- Verbreiterung der Steuerbasis durch Abbau von Steuerergünstigungen und damit auch Vereinfachung des Steuerrechts;
- Einschränkung bei den Ausgaben, insbesondere bei den Finanzhilfen;

- Verzicht auf Erhöhung der Mehrwertsteuer, die nicht nur verteilungspolitisch problematisch wäre, sondern auch die Schattenwirtschaft fördern würde.

Einerseits ist die Steuerbasis im Laufe der Zeit durch Einführung immer neuer Vergünstigungen für besondere Tatbestände und für spezielle Gruppen relativ schmal geworden, und die „Tarifwahrheit“ hat zusehends gelitten. Andererseits ist die Grenzbelastung des gegenwärtigen Tarifs schon bei durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen recht hoch.

Wenn nun die Progression gemildert wird, sollte dies zum Anlaß genommen werden, die Liste der Steuerergünstigungen insgesamt zu überprüfen, die in vielfältiger Weise den Wettbewerb verzerren, zu gesamtwirtschaftlichen Fehlallokationen führen und damit das wirtschaftliche Wachstum hemmen. Dabei sollte auch geprüft werden, ob Gründe, die einst für die Einführung von Steuerergünstigungen vorgebracht wurden, inzwischen entfallen sind. Ähnliches gilt für die Finanzhilfen. Es würde den Rahmen des Gemeinschaftsgutachtens sprengen, sich hier mit den einzelnen Subventionen auseinanderzusetzen. Dies geschah schon früher im Rahmen der Strukturberichte der Institute und wird auch 1987 Gegenstand der Analysen sein.

Die Subventionen insgesamt — Steuerergünstigungen und Finanzhilfen — hatten schon 1985 selbst in der engen Abgrenzung der Subventionsberichte einen Betrag in der Größenordnung von 80 Mrd. DM erreicht; inzwischen sind sie weiter gestiegen. Die Schätzungen der Institute liegen bei Einbeziehung zusätzlicher Subventionstatbestände noch erheblich darüber. Angesichts dieses Umfangs sollte es trotz sicherlich großer politischer Schwierigkeiten möglich sein, die beabsichtigten 19 Mrd. DM als Finanzierungsbeitrag aufzubringen. Wird stattdessen auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer indirekter Steuern gesetzt, so geht ein Großteil der positiven Wachstumseffekte der Tarifsenkung verloren.

In den zurückliegenden vier Jahren sind nur in Einzelfällen Subventionen gekürzt worden, insgesamt ist der Aufwand jedoch erheblich gestiegen. Auch für 1987 ist mit einer spürbaren Ausweitung zu rechnen.

Gibt es keinen Kurswechsel mit dem Ziel, daß Subventionen im Grundsatz als befristete Anpassungshilfen gewährt werden, dann wird anstelle des wachstums- und beschäftigungsfördernden Strukturwandels die Verkrustung unterstützt. Auch sollte die Bundesregierung in den internationalen Gremien alles tun, damit der Subventionswettbewerb beendet wird, der in manchen Bereichen herrscht.

In der Ordnungspolitik stellen sich über die Reform der Subventionspolitik hinaus beträchtliche Aufgaben. So kommt die Privatisierung staatlicher Unternehmen nur wenig voran. Auch sind weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Deregulierung erforderlich. Dies gilt vor allem im Dienstleistungsbereich, in dem das Wachstum und der Anstieg der Beschäftigung durch Marktzugangsbeschränkungen, Mengenregulierungen und Preisvorschriften gehemmt werden. Ziel muß es sein, mehr Wettbewerb zu ermöglichen und hierin auch staatliche Anbieter stärker einzubeziehen, damit der Dienstleistungssektor

stärker zum Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden kann. Gerade in diesem Sektor — aber keineswegs nur hier — behindern Regulierungen auch die Schaffung eines gemeinsamen EG-Binnenmarktes, der für die Fortentwicklung der europäischen Volkswirtschaften von großer Bedeutung ist.

Zur Lohnpolitik

Die Tariflohnvereinbarungen haben in den zurückliegenden Jahren eine kräftige Ausweitung der zuvor sehr gedrückten Gewinnspannen der Unternehmen zugelassen. Dies hat zur Verbesserung der Investitionsneigung beigetragen. Seit einiger Zeit steigen die Lohnstückkosten jedoch wieder spürbar. Daß dies seinen Niederschlag bisher weder in entsprechenden Preissteigerungen noch in einer ungünstigeren Gewinnsituation fand, liegt ausschließlich an der starken Verbilligung der Einfuhr und der Verbesserung der Terms of Trade. 1987 ist der Spielraum für Lohnerhöhungen, bei denen das gesamte Kostenniveau nicht steigt, wieder erheblich geringer.

Der erste Abschluß für einen größeren Bereich in der Tarifrunde 1987 kam für den öffentlichen Dienst zustande. Die Löhne und Gehälter wurden um 3,4 vH angehoben. Hinzu kommen die Kosten für die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Einführung von jährlich zwei freien Tagen nun für alle Mitarbeiter. Berücksichtigt man, daß der Anstieg der öffentlichen Ausgaben insgesamt eher unter als über 3 vH gehalten werden soll, so ist der Abschluß schon unter diesem Gesichtspunkt zu hoch ausgefallen. Es entsteht damit die Gefahr, daß dies vor allem zu Lasten der öffentlichen Investitionen geht.

Mißt man dem im öffentlichen Dienst erzielten Tariflohnabschluß Signalcharakter für die private Wirtschaft bei, so ist zu erwarten, daß die Nominallohnerhöhungen 1987 allenfalls geringfügig hinter denen im Vorjahr zurückbleiben. Bei wieder leicht steigendem Verbraucherpreisniveau fällt dann die Reallohnsteigerung zwar schwächer aus als im Vorjahr, sie wird sich aber nicht im gleichen Maße verringern wie der Verteilungsspielraum. Im Interesse der Sicherung von Wachstum und Beschäftigung kommt es deshalb darauf an, daß der Abschluß im öffentlichen Dienst nicht als Vorbild für die Lohnvereinbarungen in der gewerblichen Wirtschaft dient. In den Bereichen, in denen auch über Arbeitszeitverkürzungen verhandelt wird, müßte in Rechnung gestellt werden, daß es angesichts der niedrigen Produktivitätsfortschritte nicht möglich ist, Einkommenserhöhung und Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich aus dem Verteilungsspielraum eines Jahres zu decken. Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz weitgehend einheitlicher Lohnabschlüsse über alle Sektoren und Regionen hinweg würde bei ihrer Fortsetzung noch weniger als bisher den beschäftigungspolitischen Erfordernissen einer Wirtschaft gerecht, die sich auch wegen grundsätzlich veränderter außenwirtschaftlicher Bedingungen in einem durchgreifenden Strukturwandel befindet.

Zur Geldpolitik

Die Zentralbankgeldmenge steigt seit anderthalb Jahren deutlich stärker, als mit einer potentialorientierten Geldpolitik zu vereinbaren ist. Mit dem expansiven Kurs versuchte die Bundesbank vor allem, die Aufwertung der D-Mark zu bremsen, um weiteren außenwirtschaftlichen Belastungen zu begegnen. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die Geldpolitik die Wechselkursentwicklung allenfalls auf kurze Sicht beeinflussen kann, es sei denn, sie wiche von der potentialgerechten Linie nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer ab.

In den zurückliegenden zwei Jahren ist der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar so stark gestiegen, daß die Risiken, die mit der Spekulation auf eine weitere Höherbewertung der D-Mark verbunden sind, beträchtlich zugenommen haben. Da die Devisenmarktteilnehmer solche Risiken sehr wohl einzuschätzen wissen, wäre die Höherbewertung der D-Mark vermutlich auch ohne die geldpolitischen Maßnahmen vom Januar zum Stillstand gekommen.

Die Impulse, die von der expansiven Politik auf die inländische Nachfrage ausgehen, sind angesichts der gedrückten konjunkturellen Entwicklung sicherlich erwünscht. Zu bedenken ist aber, daß sich bei einer starken monetären Nachfrageanregung über längere Zeit der Preisanstieg aller Erfahrung nach verstärkt und die produktions- und beschäftigungsfördernden Wirkungen der Geldpolitik dann wieder abnehmen. Inflationsbefürchtungen mögen angesichts des gegenwärtig mäßigen Preisanstiegs und der zu erwartenden verhaltenen konjunkturellen Expansion übertrieben erscheinen. In der Vergangenheit hat sich jedoch oftmals erwiesen, daß sich das Preisklima rasch verschlechtern kann und sich die Notenbank dann zu einer restriktiven Politik gezwungen sieht. Die Befürchtungen sind derzeit um so stärker, als weltweit die Geldversorgung stabilitätswidrig stark ausgeweitet wird und damit die Gefahr auch einer restriktiven Politik im Gleichschritt groß ist. Allemal hat sich gezeigt, daß die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer vorbeugenden Stabilitätspolitik geringer sind als die der Bekämpfung einer einmal in Gang gesetzten inflationären Entwicklung. Deshalb sollte die Bundesbank bald zu einem wachstums- und stabilitätsgerechten Maß der Geldversorgung zurückkehren. Gemäß den Überlegungen der Institute vom Herbst 1986 erscheint dafür eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge mit einer laufenden Rate von annähernd 5 vH als angemessen; daraus ergäbe sich im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von 6,5 vH ein ebenso hoher Zuwachs wie im Vorjahr.

Vielfach wird die These vertreten, daß sich die monetäre Expansion im Laufe von 1987 von selbst abflachen werde, da die inländischen Anleger nach der Senkung der Geldmarktzinsen im Verhältnis zu den Kapitalmarktzinsen weniger liquide Mittel halten und statt dessen mehr längerfristige Anlagen erwerben würden. Solche Umschichtungen mögen zwar die Expansion der Zentralbankgeldmenge vorübergehend dämpfen, sie führen aber nicht automatisch zu einer geringeren Ausweitung des Geldangebots. Nur wenn dies der Fall wäre, könnte mit

einer nachhaltigen Dämpfung der Geldmengenexpansion gerechnet werden.

Die Rückkehr zu einem wachstums- und stabilitätsgerechten Kurs muß nicht mit spektakulären Aktionen der Zentralbank verbunden sein, sondern könnte weitgehend geräuschlos durch Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäfte geschehen. Da ein solches Einschwenken auch die Inflationserwartungen dämpfen würde, käme es vermutlich nicht zu einem nennenswerten Anstieg des Zinsniveaus. Die expansiven Impulse der Geldpolitik würden freilich allmählich abgebaut, kontraktive Effekte wären jedoch nicht zu befürchten.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, vertritt in der Frage der geldpolitischen Orientierung eine abweichende Auffassung:

Die Bundesbank befindet sich derzeit in einer äußerst schwierigen Situation. Die Lage ist gekennzeichnet durch Unsicherheit über die künftige Entwicklung an den Finanz- und Devisenmärkten und, damit verbunden, eine verstärkte Haltung von liquiden D-Mark-Beständen im Inland und Ausland. Nach Meinung des DIW ist deshalb eine Ausrichtung allein an der Wachstumsrate des Produktionspotentials nicht angemessen. Wegen dieser Unsicherheit, aber auch im Hinblick auf die konjunkturelle Schwäche ist eine Steuerung der Geldmenge unter Berücksichtigung auch anderer Faktoren notwendig.

Die Geldpolitik sollte weitere Zinssenkungen anstreben, auf jeden Fall aber Zinssteigerungen vermeiden, um im Inland die Auftriebskräfte zu fördern und keine Signale für eine erneute Aufwertungsspekulation zu geben.

Die Möglichkeiten einer weltweiten Kooperation zur Wachstumsbelebung und zur Stabilisierung der Wechselkurse, wie sie auch beim „Louvre-Treffen“ erörtert worden sind, sollten genutzt werden.

Wenn die Bundesbank an ihrem Kurs festhält, ist es durchaus möglich, daß sich Unternehmen und private Haushalte verstärkt der Anlage auf den Kapitalmärkten zu Lasten ihrer liquiden Reserven zuwenden. Das würde zu weiteren Zinssenkungen führen und damit der Binnen-nachfrage Impulse geben.

Die seit anderthalb Jahren zu beobachtende Ausweitung der Geldmenge gefährdet nicht per se die Preisstabilität. Ob und wie das monetäre Potential genutzt wird und wie sich dabei Produktion und Preise entwickeln, hängt entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Konstellation ab. Dies wird gewöhnlich übersehen, wenn beispielsweise darauf hingewiesen wird, daß die starke monetäre Expansion in den Jahren 1977/78 die Ursache der beträchtlichen Preissteigerungen in den Jahren 1979/81 gewesen sei: Bis Anfang 1980 hatte sich die Wirtschaft in einer mehrjährigen Phase einer kräftigen, 1979 auch durch die Ausfuhr geförderten Nachfrageexpansion befunden, die schließlich mit einem exzessiven, durch die Ölverteuerung und die Verschlechterung des DM-Wechselkurses hervorgerufenen Anstieg der Einfuhrpreise zusammentraf. Gegenwärtig spricht hingegen nichts für ein baldiges Aufleben einer Inflation oder auch nur von Inflationserwartungen. Nachfrage, Löhne und Preise werden sich weiterhin in ruhigen Bahnen bewegen. Die These, die Bundesbank müsse schon heute etwas zur Eindämmung der monetären Expansion unternehmen, um einer Inflation vorzubeugen, so daß sich später eine Restriktionspolitik erübrige, erscheint dem DIW derzeit nicht hinreichend begründet.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1987

	1985 ^{a)}	1986 ^{a)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
		Jahre		1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{a)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,7	1,0	0,5	1,0	1,0	1	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,6	-0,8	-1	-0,9	-0,8	-1	-1
Arbeitsstage ^{c)}	-0,3	0,0	0	-0,1	0,2	0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,2	0,2	0	0,0	0,4	0	0
Produktivität ^{d)}	2,8	2,3	2	2,7	1,9	1,5	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	2,6	2,5	2	2,7	2,3	1,5	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 041,8	1 081,1	1 130,5	521,2	559,9	541	590
Staatsverbrauch	365,7	383,1	401	176,4	206,7	184,5	216,5
Anlageinvestitionen	359,3	375,9	397	169,8	206,1	176,5	220,5
Ausrüstungen	153,9	162,2	171	74,3	87,9	76,5	94,5
Bauten	205,5	213,7	226	95,5	118,2	100	126
Vorratsveränderung	7,5	2,6	5,5	13,6	-11,0	15,5	-10
Außenbeitrag	72,7	106,4	94,5	47,7	58,6	49	46
Ausfuhr	647,3	634,8	629,5	316,7	318,1	308	321,5
Einfuhr	574,6	528,5	535	269,0	259,5	259,5	275,5
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 949,0	2 029	928,7	1 020,3	966	1 063

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,9	3,8	4,5	4,2	3,4	4	5,5
Staatsverbrauch	4,4	4,8	4,5	4,7	4,8	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	1,3	4,6	5,5	5,2	4,2	4	7
Ausrüstungen	11,8	5,4	5,5	8,2	3,2	3	7,5
Bauten	-5,3	4,0	5,5	2,9	4,9	4,5	6,5
Ausfuhr	10,1	-1,9	-1	-0,6	-3,3	-2,5	1
Einfuhr	6,9	-8,0	1	-6,7	-9,4	-3,5	6
Bruttosozialprodukt	4,8	5,5	4	5,7	5,4	4	4

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	866,9	903,5	940	434,6	468,9	451	489
Staatsverbrauch	315,5	323,5	331,5	156,4	167,1	160,5	171
Anlageinvestitionen	313,9	324,2	336	146,6	177,5	150	186
Ausrüstungen	130,5	136,5	142	62,6	73,9	63,5	78
Bauten	183,4	187,6	194	84,0	103,6	86	108
Vorratsveränderung	5,8	6,1	6	14,3	-8,2	15	-8,5
Außenbeitrag	78,7	61,2	40	31,6	29,6	20	20
Ausfuhr	545,6	543,1	541	269,7	273,4	266	275
Einfuhr	466,9	481,9	501	238,1	243,8	246	255
Bruttosozialprodukt	1 580,8	1 618,4	1 653,5	783,5	834,9	796	857,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 502,1	1 557,2	1 613,5	751,9	805,3	776	837,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,8	4,2	4	4,5	4,0	4	4,5
Staatsverbrauch	2,2	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	-0,3	3,3	3,5	3,8	2,8	2	5
Ausrüstungen	9,4	4,6	4	7,4	2,4	1,5	5,5
Bauten	-6,2	2,3	3,5	1,3	3,1	2,5	4,5
Ausfuhr	7,3	-0,5	-0,5	0,3	-1,2	-1,5	0,5
Einfuhr	4,7	3,2	4	3,2	3,2	3,5	4,5
Bruttosozialprodukt	2,5	2,4	2	2,5	2,3	1,5	2,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1,5	3,7	3,5	3,5	3,8	3	4

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985 ^{a)}	1986 ^{a)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
		Jahre		1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{a)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,1	-0,4	0,5	-0,3	-0,6	0	1
Staatsverbrauch	2,2	2,2	2	2,2	2,2	2	2
Anlageinvestitionen	1,6	1,3	2	1,3	1,3	1,5	2
Ausrüstungen	2,3	0,8	1,5	0,8	0,8	1,5	2
Bauten	0,9	1,7	2	1,6	1,7	2	2,5
Ausfuhr	2,6	-1,5	-0,5	-0,9	-2,1	-1,5	0,5
Einfuhr	2,1	-10,9	-2,5	-9,6	-12,2	-7	1,5
Bruttosozialprodukt	2,2	3,1	2	3,1	3,0	2,5	1,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	989,4	1 039,1	1 084	487,5	551,6	509,5	574,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	797,3	837,1	872,5	392,6	444,4	410	462,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	535,1	563,5	580,5	267,1	296,4	276	305
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	433,9	475,1	491,5	227,8	247,2	235	257
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	362,3	401,8	419	192,1	209,7	200	219,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁹⁾	356,8	367,9	382	177,5	190,4	181	201
Nichtentnommene Gewinne	5,4	33,9	37	14,5	19,3	19	18,5
Volkseinkommen	1 423,3	1 514,2	1 575,5	715,4	798,8	744,5	831,5
Abschreibungen	230,8	239,4	250,5	118,7	120,8	123,5	126,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	192,9	195,4	203	94,6	100,7	98	105
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 949,0	2 029	928,7	1 020,3	966	1 063

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	5,0	4,5	5,0	5,0	4,5	4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,7	5,0	4,5	5,0	5,0	4,5	4
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,3	3	5,2	5,4	3,5	3
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,9	3,8	3,5	3,9	3,8	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,5	4,2	2	4,1	4,2	2,5	2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,0	9,5	3,5	10,2	8,8	3	4
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,4	10,9	4,5	11,1	10,7	4	4,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁹⁾	7,8	3,1	4	4,6	1,7	2	5,5
Volkseinkommen	5,3	6,4	4	6,6	6,2	4	4
Abschreibungen	4,2	3,8	4,5	3,7	3,8	4	5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	1,5	1,3	4	1,4	1,2	3,5	4
Bruttosozialprodukt	4,8	5,5	4	5,7	5,4	4	4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	535,1	563,5	580,5	267,1	296,4	276	305
Empfangene laufende Übertragungen ^{f)}	298,9	309,8	321	153,3	156,6	158,5	162,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	395,2	408,8	430	198,3	210,5	207,5	222,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,3	18,1	18	9,1	9,0	9	9
Geleistete laufende Übertragungen ^{g)}	34,8	36,0	36,5	17,1	18,8	17,5	19
Verfügbares Einkommen	1 176,1	1 228,1	1 277	592,4	635,7	615,5	661,5
Privater Verbrauch	1 041,8	1 081,1	1 130,5	521,2	559,9	541	590
Ersparnis	134,3	147,0	146,5	71,2	75,8	75	72
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,4	12,0	11,5	12,0	11,9	12	11

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,3	3	5,2	5,4	3,5	3
Empfangene laufende Übertragungen ^{f)}	2,7	3,7	3,5	2,8	4,5	3,5	3,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	6,9	3,4	5	3,7	3,2	4,5	5,5
Verfügbares Einkommen	3,9	4,4	4	4,2	4,6	4	4
Privater Verbrauch	3,9	3,8	4,5	4,2	3,4	4	5,5
Ersparnis	3,8	9,4	-0,5	4,5	14,5	5	-5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985 ^{a)}	1986 ^{a)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
	Jahre			1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{a)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^{h)}
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	459,5	473,4	495	222,6	250,7	232,5	263
Sozialbeiträge	319,9	336,8	352	158,7	178,2	166	186
Erwerbseinkünfte	35,2	34,8	29,5	20,7	14,1	16	14
Sonstige laufende Übertragungen	21,5	22,8	24	10,9	11,9	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,6	5,9	6	2,6	3,3	2,5	3,5
Einnahmen insgesamt	841,7	873,7	906	415,6	458,1	427,5	478,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	365,7	383,1	401	176,4	206,7	184,5	216,5
Zinsen	55,3	57,6	59,5	32,4	25,2	33,5	26,5
Laufende Übertragungen an	377,9	392,9	408,5	192,8	200,1	200,5	208
Private Haushalte	306,3	316,7	328	157,3	159,4	162,5	165,5
Unternehmen	40,8	44,8	47,5	19,2	25,7	21	27
Ausland	30,8	31,4	33	16,3	15,1	17	16
Geleistete Vermögensübertragungen	33,4	31,9	31,5	12,8	19,1	12,5	19
Nettoinvestitionen	29,0	32,3	35	12,2	20,1	13	22
Ausgaben insgesamt	861,4	897,7	935	426,6	471,1	443,5	492
Finanzierungssaldo	-19,7	-24,1	-29	-11,0	-13,1	-16	-13

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,6	3,0	4,5	3,3	2,8	4,5	5
Sozialbeiträge	5,0	5,3	4,5	5,2	5,3	4,5	4,5
Erwerbseinkünfte	9,9	-1,2	-14,5	16,2	-19,0	-24	-1
Sonstige laufende Übertragungen	2,0	6,3	4,5	10,4	2,8	3,5	5
Empfangene Vermögensübertragungen	-3,6	5,0	-2	8,7	2,2	-5	0
Einnahmen insgesamt	4,8	3,8	3,5	4,8	2,9	3	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,4	4,8	4,5	4,7	4,8	4,5	4,5
Zinsen	4,9	4,1	3,5	7,3	0,3	2,5	4,5
Laufende Übertragungen an	2,1	4,0	4	2,8	5,2	4	4
Private Haushalte	2,4	3,4	3,5	2,5	4,3	3,5	3,5
Unternehmen	1,4	9,9	6	5,3	13,6	8,5	4,5
Ausland	-0,5	1,8	4,5	2,7	0,7	3,5	5,5
Geleistete Vermögensübertragungen	-2,2	-4,6	-1	-7,6	-2,5	-3,5	1
Nettoinvestitionen	-0,4	11,2	8	11,6	10,9	6	9
Ausgaben insgesamt	3,0	4,2	4	3,8	4,6	4	4,5

^{a)} Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1987) sowie eigene Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ^{b)} Vorausschätzung der Mehrheit der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ^{c)} Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ^{d)} Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — ^{e)} Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — ^{f)} Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ^{g)} Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ^{h)} Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer: 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.